



**ethecon Erklärung vom 05. November 2017**

Demokratie stärken.

Den Rechten keinen Raum geben.

Keine Akzeptanz für AfD und andere Rechtspopulisten! ..... Seite 2

**Argumente**

Warum die Stiftung ethecon nicht mit

Mitgliedern oder SympathisantInnen der AfD

zusammenarbeiten kann ..... Seite 6

**Mehr Information / Kontakt** ..... Seite 10

ethecon **Erklärung vom 05. November 2017**

## **Demokratie stärken. Den Rechten keinen Raum geben.**

### **Keine Akzeptanz für AfD und andere Rechtspopulisten!**

Historiker sowie Gesellschafts- und Politikwissenschaftler bestätigen unumstritten für die Zeit nach Ende des Zweiten Weltkriegs einen „antifaschistischen Konsens“. Er reichte von der KPD bis zur CDU, von aus dem Exil zurückkehrenden Gruppen über aus den KZs befreite Opfer des faschistischen Regimes und kommunistische und sozialdemokratische Vertreter der Arbeiterbewegung bis weit in das bürgerliche und christlichen Lager hinein. Selbst die Staatschefs der Alliierten hatten im Potsdamer Abkommen einen antifaschistischen Konsens formuliert.

Nach dem Niederringen des Faschismus in Europa war den Völkern klar, dass sich 1933 nicht wiederholen darf. Auch in Deutschland schlug dieser Konsens sich nieder in Losungen wie "Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!" und "Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen!"

Die allgemein anerkannte Lehre aus der Entwicklung des europäischen Faschismus war, dass rechtsradikale, faschistische und rassistische Positionen in einer Demokratie keine Existenzberechtigung haben; dass der Fehler der Weimarer Demokratie, solche Positionen als beispielsweise durch „demokratische Wahlen legitimiert“ zuzulassen, sich nicht wiederholen darf; dass rechtsradikale, rassistische und faschistische Positionen nicht demokratisch geduldet werden dürfen, sondern konsequent bekämpft und ausgegrenzt werden müssen. Ohne Wenn und Aber.

Der antifaschistische Konsens jener Zeit umfasste sogar eine allgemeine „antikapitalistische Grundstimmung“. Es war allgemein klar, dass der Kapitalismus mit dem Faschismus und dessen Massenverbrechen ohne große Probleme zurechtkam, wenn er nicht überhaupt das NS-Regime hervorgebracht hatte. Selbst die CDU formulierte mit ihrem Ahlener Programm eine antikapitalistische Zielvorstellungen, die u. a. gegen die Konzentration des Kapitals in Großkonzernen gerichtet waren. Antikapitalistische Eingriffe in das Wirtschaftssystem wurden im Rahmen des antifaschistischen Konsenses als Voraussetzung einer demokratischen Nachkriegsentwicklung angesehen.

Innerhalb Deutschlands nahm dieser Konsens für eine kurze Zeit in den Antifaschistischen Ausschüssen und Komitees sogar praktische Gestalt an. Seit Sommer 1945 wurden in zahlreichen Städten in allen Besatzungszonen den Stadtverwaltungen „Ausschüsse für die Opfer des Faschismus“ angegliedert. Auf Initiative politisch Verfolgter und des Berliner „Hauptausschusses der Opfer des Faschismus“ wurde mit dem 9. September 1945 der „Tag der Opfer des Faschismus“ eingeführt. Er fand deutschlandweit statt, Hunderttausende beteiligten sich. Als Interessenvertretung für NS-Verfolgte gründeten vor allem politisch verfolgte Antifaschisten verschiedener Parteien und Parteilose 1947 die gesamtdeutsche überparteiliche Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Und selbst im Grundgesetz und den verschiedenen Landesverfassungen schlug sich der antifaschistische Konsens an vielen Stellen nieder.

Natürlich war mit all dem der Antikommunismus, den der Schriftsteller Thomas Mann 1944 als „die Grundtorheit unserer Epoche“ bezeichnete, nicht ausgerottet; aber er war massiv eingedämmt und weit zurück gedrängt. KommunistInnen waren nicht nur toleriert, ihr Einsatz zu Verteidigung und Erhalt der Demokratie war anerkannt und geachtet. Sie wirkten aktiv am Aufbau der parlamentarischen Demokratie sowie an der Entwicklung des Grundgesetzes und aller Landesverfassungen mit.

Dies änderte sich allerdings spätestens mit der entgegen aller Einheitsbestrebungen für Deutschland von Adenauer und seinen konservativ-rechten Kräften separat gegründeten "Bundesrepublik Deutschland" im Jahr 1949 sowie der dann unmittelbar folgenden Kampagne zur Wiederaufrüstung Deutschlands. Die folgende Periode war von internationaler „Blockbildung“ und aufkommendem „Kalten Krieg“ geprägt, wofür von den reaktionären Kräften des Kapitals die „Totalitarismus-Doktrin“ lanciert wurde: Der Kommunismus wird seitdem in einer die Realität vollkommen verkehrender Weise mit dem Faschismus gleichgestellt.

Parallel zu allem schuf die bis heute andauernde "Schluss-Strich-Propaganda" rechter bürgerlicher Kreise Voraussetzungen, faschistische, rechtsradikale und rassistische Kräfte zu rehabilitieren, in der Politik zu verankern und in der breiten politischen Öffentlichkeit hoffähig zu machen. Die Kommunistische Partei wurde 1956 schließlich auf Betreiben der rechts-konservativen Kreise um den Bundeskanzler Adenauer verboten. Hunderte KommunistInnen wanderten bereits wenige Jahre nach ihrer Entlassung aus den faschistischen Kerkern wieder in Zuchthäuser, diesmal allerdings „demokratische“(!).

Immer wieder kam es in der Folge dieser Entwicklung zum Aufleben rechtsradikaler und auch offen faschistischer Parteien, die allerdings auf erbitterten öffentlichen Widerstand stießen und letztendlich scheiterten. Allerdings verhielten sich die bürgerlichen Kräfte in Politik und Gesellschaft in diesen Abwehrkämpfen stets weitgehend zurückhaltend.

Aktuell mussten wir erleben, dass vor dem Hintergrund europa- und weltweiter Rechtsentwicklungen - u.a. Ungarn, Polen, Tschechei und USA mit Donald Trump (und seinem offen rechtsgerichteten Beraterteam unter Einschluss des Neofaschisten Steve Bannon)- nun auch in Deutschland mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) eine rechtsradikale Partei mit offenen Flügeln zu Nazis, Neonazis und Faschisten aller Couleur dank populistischer Massenarbeit zunächst in verschiedene Landtage einzog und im September 2017 schließlich mit einem zweistelligen Ergebnis eine starke Fraktion im Bundestag bildet. Erneut bei fehlender antifaschistischer Haltung der bürgerlichen Parteien und bei erneut weitgehender Untätigkeit der demokratischen Mitte der Gesellschaft. Die Gegenwehr gegen die AfD-Rechtspopulisten bleibt einer zunehmend isolierten, zunehmend diffamierten und zunehmend durch Repression dezimierten antifaschistischen Opposition überlassen.

Als wäre das nicht schlimm genug, drohen in der breiten Mitte der Gesellschaft bis weit in die links-liberalen Kreise hinein im Ergebnis des Einzugs der Rechtsradikalen in den Bundestag alle Reste der antifaschistischen Erfahrungen aus den Jahren nach 1945 verloren zu gehen. Erneut wird - wie zu Zeiten der Weimarer Republik - davon geredet, dass man „akzeptieren muss“, dass die Rechtsradikalen „demokratisch gewählt“ seien. Mit allen Schlussfolgerungen daraus: Die antifaschistischen politischen Auseinandersetzungen werden als „Links-rechts-Flügelkämpfe“ dargestellt, mit rasender Geschwindig-

keit verbreiten sich bagatellisierende und relativierende Argumentationen wie etwa, die AfD sei eine „demokratische Realität“.

Dabei ist es zugleich so, dass alleine durch den Wahlsieg den Rechts-Populisten Millionen und Abermillionen an Wahlkampfkostenerstattungen, Mandatsgeldern, Finanzierung ihrer parlamentarischen Strukturen und einer Parteistiftung etc. zufließen, sich also die demokratische Tatenlosigkeit in aktive Förderung wandelt. Zudem werden die politischen Positionen der AfD nicht etwa verurteilt, sondern man übernimmt sie teilweise, weil man ja „die Ängste“ und Sorgen der Menschen ernst nehmen müsse, die die AfD wählten.

ethecon Stiftung Ethik & Ökonomie verurteilt diese verantwortungslose und gefährliche politische Öffnung hin zu „Totengräbern der Demokratie“ entschieden. Bereits in der Gründungserklärung der Stiftung von 2004 heißt es unmissverständlich: "Mit den Verfechtern rassistischer und faschistischer Ideologien ... darf es keine Kooperation geben. Sie verfolgen menschenfeindliche und verbrecherische Ziele, sie perfektionieren Ausbeutung und Unterdrückung in barbarischer Weise und stehen in krassem Gegensatz zu den menschlichen Idealen von Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz."

Und die Grundsatzerklärung der Stiftung aus dem Jahr 2006 spricht eine ebenso klare Sprache: "ethecon folgt dem Gedanken der Völkerfreundschaft, rassistische und neofaschistische Positionen werden konsequent abgelehnt."

In einer Erklärung meint die Amadeo Antonio Stiftung anlässlich der Auftritte von Rechtsradikalen und Rechtspopulisten auf der Frankfurter Buchmesse 2017: "Diskutieren heißt, so steht es im Duden, Meinungen auszutauschen, Ansichten zu verhandeln, gegebenenfalls sogar einen Kompromiss oder Konsens herzustellen. Eine Diskussion 'auf Augenhöhe' mit den Neuen Rechten würde bedeuten, dass wir unsere demokratischen Überzeugungen zur Debatte stellen. Grund- und Menschenrechte oder die offene Gesellschaft und ihre Errungenschaften zur Disposition stellen? Der Neuen Rechten entgegen kommen und ihre Meinungen diskutabel machen? Nein, dazu sind wir nicht bereit."

ethecon Stiftung Ethik & Ökonomie sieht dies ebenso. Jede Diskussion mit Rechtsradikalen heißt, ihnen eine Bühne zu bieten, um ihre Propaganda zu verbreiten. Wir lehnen entschieden jedes freiwillige Entgegenkommen gegenüber rechten, faschistischen und rassistischen Kräften ab.

Allerdings werden wir natürlich den Kampf um die „Köpfe der Menschen“ führen, die den neuen Rechten in all ihren Erscheinungsformen schwankend und unentschlossen gegenüberstehen oder gar auf den Leim zu gehen drohen. Es kommt darauf an, gegen die soziale Unsicherheit und soziale Verunsicherung in breiten Teilen der Bevölkerung zu kämpfen. Hervorgerufen durch die globale Krise der kapitalistischen Ökonomie, nutzen die Rechtspopulisten und Neofaschisten die Missstände, um mit ihrer menschenfeindlichen Ideologie Einfluss auf die Menschen und die Politik zu nehmen.

Uns ist bei diesem Ringen das prominente Beispiel von Richard Scheringer vor Augen. Die Hitler-Faschisten köderten ihn seinerzeit, DemokratInnen und KommunistInnen diskutierten mit ihm, er überprüfte deren Argumente in der Praxis und stellte seine Nazi-Parteigrößen bis hin zu Göring zur Rede. Scheringer erkannte, dass die Argumente der GegnerInnen Bestand hatten und wurde zu einem aufrechten Demokraten und Antifaschisten, der 1945 in der Periode des „Kampfes bis zum letzten Mann“ wesentlich die

weitgehende friedliche Übergabe von Ingolstadt mitbewirken konnte und nach 1945 die Bayerische Landesverfassung mitgeschrieben hat.

Auch sehen wir uns in der Tradition der Häftlinge des Konzentrationslagers, die nach der Befreiung 1945 zu Tausenden schworen: " Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel."

Und aktuell begreift es ethecon als mutmachend und bestärkend, dass parteienübergreifend am 22. Oktober 2017 vor dem ersten Auftreten der AfD im Bundestag im Berliner Regierungsviertel ca. 12.000 Menschen gegen die AfD demonstrierten. ethecon schließt sich der Forderung dieser anti-faschistischen Manifestation nach Isolierung der AfD vollumfänglich an.

Für ethecon gilt weiterhin: "Faschismus ist keine Meinung. Faschismus ist ein Verbrechen!"

Berlin, den 05. November 2017

ethecon **Argumente**

# **Zum volksverhetzenden, völkischen, rassistischen und rechtspopulistischen Charakter der AfD sowie zu ihren Verbindungen zu faschistischen und neonazistischen Ideologien und Organisationen**

Quellen:

„Stoppt die AfD! Linke Antworten auf die Gefahr von rechts“

Partei DIE LINKE, Berlin, April 2017

Homepage „Lesben- und Schwulenverband“

„Programm für Deutschland.“

Wahlprogramm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017

Es geht im folgenden nicht darum, sich umfassend und systematisch mit der AfD auseinanderzusetzen, sondern anhand einiger Beispiele nachzuweisen, dass es sich bei dieser Partei um eine volksverhetzende, völkische, rassistische und rechtspopulistische Organisation mit Verbindungen zu faschistischen und neonazistischen Ideologien und Organisationen hat.

## **Rassismus**

In ihrem Grundsatzprogramm rückt die AfD das „Feindbild Islam“ in den Mittelpunkt ihrer rassistischen Hetze. AfD-Vizechefin Beatrix von Storch schreibt, dass „der Islam das brisanteste Thema des Programms überhaupt“ und für die „Außenkommunikation“ am besten geeignet sei.<sup>1</sup>

Diese Strategie ist nicht neu: Die NPD in Sachsen bezeichnete schon im Jahr 2010 die „Moslem-Feindschaft und Islam-Kritik als politischen Türöffner“ und empfahl Muslime als „Projektionsfläche für all das anzubieten, was den Durchschnittsdeutschen an Ausländern stört“.<sup>2</sup>

Die AfD stellt als erste Partei mit einer starken parlamentarischen Vertretung seit 1945 die grundgesetzliche Religionsfreiheit in Frage.<sup>3</sup>

Die AfD schürt im Zusammenhang mit Flüchtlingen allgemein und mit islamischen MigrantInnen speziell Hass und Angst. Sie vergiftet das gesellschaftliche Klima und schafft einen Rahmen, der rechte Gewalt-

---

<sup>1</sup> Correctiv, 11.3.2016

<https://correctiv.org/recherchen-neue-rechte/artikel/2016/03/11/afd-hat-neues-keine-thema>

<sup>2</sup> NPD Sachsen, 13.10.2010

<https://npd-sachsen.de/moslem-feindschaft-und-islam-kritik-als-politischer-tueroeffner>

<sup>3</sup> Linksfraktion, 23.5.2016

[www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/religionsfreiheit-verteidigen-nein-zur-hetze-gegen-den-islam](http://www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/religionsfreiheit-verteidigen-nein-zur-hetze-gegen-den-islam)

täter ermuntert. Seit dem Aufstieg von AfD und Pegida<sup>4</sup> hat sich die Zahl der rassistischen Angriffe mehr als verdoppelt,<sup>5</sup> im Jahr 2015 wurden mehr als viermal so viele Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte wie im Vorjahr registriert.<sup>6</sup> Seit 2001 kam es nach Angaben des Bundesinnenministeriums zu über 400 politisch motivierten Angriffen gegen muslimische Gebetsräume und Moscheen. Die tatsächliche Zahl liegt noch wesentlich höher.<sup>7</sup>

Auch Antisemitismus ist in der AfD fest verankert, auch wenn sich die Parteispitze immer wieder – vor allem aus taktischen Gründen – davon distanziert. Das machte unter anderem der Konflikt um die antisemitischen Äußerungen und Pamphlete des baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon deutlich.<sup>8</sup>

Der Antisemitismus der AfD geht jedoch weit über Gedeon und Höcke<sup>9</sup> hinaus. In Hessen stellt die AfD Martin Hohmann für den Bundestag auf, der nach einer Rede im Jahr 2003, die von vielen als antisemitisch empfunden wurde, aus der CDU ausgeschlossen worden war.<sup>10</sup>

### **Bürgerkriegsdrohung und Holocaustleugnung**

Die AfD bezeichnete Höcke als „letzte friedliche Chance für unser Vaterland“ – eine implizite Androhung von Gewalt und Bürgerkrieg, sollte sie nicht auf „friedlichem“ Weg an die Macht gelangen. Immer wieder tritt ein völkischer Nationalismus zutage: „Unser liebes Volk ist im Inneren tief gespalten und durch den Geburtenrückgang sowie die Masseneinwanderung erstmals in seiner Existenz tatsächlich elementar bedroht“, so Höcke. „Wir werden uns unser Deutschland Stück für Stück zurückholen“.

Höcke stellt das Gedenken an den Holocaust offen infrage: „Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“<sup>11</sup>

---

<sup>4</sup> Pegida (Kurzform für „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) ist eine islam- und fremdenfeindliche, völkische, rassistische sowie weithin als rechtspopulistisch klassifizierte Organisation s. auch [www.wikipedia.com](http://www.wikipedia.com).

<sup>5</sup> RBB-Dokumentation, „Die Stunde der Populisten“, 31.1.2017  
[www.rbb-online.de/politik/beitrag/2017/01/rbb-dokumentation-die-stunde-der-populisten.html](http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2017/01/rbb-dokumentation-die-stunde-der-populisten.html)

<sup>6</sup> Pro Asyl, 13.1.2017  
[www.proasyl.de/news/2015-dramatischer-anstieg-von-gewalt-gegen-fluechtlinge](http://www.proasyl.de/news/2015-dramatischer-anstieg-von-gewalt-gegen-fluechtlinge)

<sup>7</sup> Taz, 8.5.2016  
[www.taz.de/!529903](http://www.taz.de/!529903)

<sup>8</sup> Neues Deutschland, 26.7.2016  
[www.neues-deutschland.de/artikel/1019977.gedeons-antisemitismus-ist-nur-die-spitze-des-eisbergs.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/1019977.gedeons-antisemitismus-ist-nur-die-spitze-des-eisbergs.html)

<sup>9</sup> Focus, 18.12.2015  
[www.focus.de/politik/deutschland/landesvorsitzender-in-thueringen-wegen-seiner-aeusserungen-und-auftritte-afd-beraet-ueber-bjoern-hoeckes-rauswurf\\_id\\_5162760.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/landesvorsitzender-in-thueringen-wegen-seiner-aeusserungen-und-auftritte-afd-beraet-ueber-bjoern-hoeckes-rauswurf_id_5162760.html)

<sup>10</sup> Jüdische Allgemeine, 1.7.2016  
[www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/25910](http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/25910)

<sup>11</sup> Björn Höcke, Rede in Dresden am 17.1.2017  
<http://pastebin.com/jQujwe89> (Transkript der Rede)

## Interessenvertretung des Kapitals

Die AfD will die Erbschafts- und Vermögensteuer abschaffen. Ferner will sie das Rentenalter hochsetzen und die Rentenbezüge kürzen<sup>12</sup>. Alle Jahreseinkommen über 20.000 Euro sollen gleich besteuert werden. Dies heißt, Reiche und Ultra-Reiche zahlen genauso viel Steuern wie ArbeiterInnen.<sup>13</sup> 16.

## Fraudiskriminierung

Frauen sollen wieder zurück an den Herd. Die AfD vertritt die Meinung, dass in Deutschland die Geburtenrate signifikant sinkt. AfD-Vorsitzende Frauke Petry fordert, dass jede deutsche Frau mindestens drei Kinder bekommen müsse<sup>14</sup> sowie eine bundesweite Abstimmung für ein Abtreibungsverbot<sup>15</sup>. Das dreht nicht nur erkämpfte Frauenrechte zurück, sondern deckt sich mit der Bevölkerungspolitik zur Stärkung des „deutschen Volkskörpers“ der Hitler-Nationalsozialisten.

## Gefahr für den Frieden

Die AfD verfolgt eine nationale und militärische Großmachtpolitik. Ihre Außenpolitik soll sich ausdrücklich an „deutschen Interessen“ und nicht an „Demokratie und Moral ausrichten“.<sup>16</sup> Sie fordert die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Ebenso wie Trump fordert sie, dass alle NATO Mitgliedsstaaten 2 % ihres Bruttoinlandsproduktes für Rüstung ausgeben müssen.

## Diskriminierung von Minderheiten

„Die Alternative für Deutschland tritt für die Bewahrung bzw. Wiederherstellung der bürgerlichen Selbstbestimmung im Zivilrechtsverkehr ein. „Deshalb lehnen wir sogenannte ‚Antidiskriminierungsgesetze‘ ab.“, schreibt die AfD in ihrem Wahlprogramm.<sup>17</sup>

Die AfD war und ist strikt dagegen, die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen. Für sie gibt es nur eine einzige richtige Form des Zusammenlebens: Die Gemeinschaft zwischen Frau und Mann als Zelle der Reproduktion und Erziehung. Im Bundestagswahlprogramm heißt es dazu: „Wir wollen unnötige Hemmnisse beseitigen, damit stabile Ehen und Familien entstehen und bestehen bleiben. Hiermit wollen wir schon früh beginnen, indem anerkannte Regeln zu Partnerschaft und Familie, Haushaltsführung,

---

<sup>12</sup> Welt, 5.6.2016

[www.welt.de/politik/deutschland/article155962088/Petry-nennt-brutale-Rentenreform-notwendig.htm](http://www.welt.de/politik/deutschland/article155962088/Petry-nennt-brutale-Rentenreform-notwendig.htm)

<sup>13</sup> FR, 4.3.2016

[www.fr.de/wirtschaft/alternative-fuer-deutschland-das-afd-programm-ist-ein-plan-fuer-reiche-a-381790](http://www.fr.de/wirtschaft/alternative-fuer-deutschland-das-afd-programm-ist-ein-plan-fuer-reiche-a-381790)

<sup>14</sup> NOZ, 21.8.2014

[www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/500073/afd-petry-will-volksentscheid-uber-abtreibung](http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/500073/afd-petry-will-volksentscheid-uber-abtreibung)

<sup>15</sup> Zeit, 8.8.2014

[www.zeit.de/2014/33/afd-landtagswahl-sachsen/komplettansich](http://www.zeit.de/2014/33/afd-landtagswahl-sachsen/komplettansich)

<sup>16</sup> „Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017“, S. 16

<sup>17</sup> „Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017“, S. 37

Lebensschutz<sup>18</sup> und Kindererziehung in Lehrplänen und Schulbüchern aller allgemeinbildenden Schulen wieder fester Bestandteil werden.“<sup>19</sup>

### **Sammelbecken für Nazis**

Die AfD ist bundesweit zu einem Sammelbecken der extremen Rechten geworden. Diese gruppieren sich um die von Björn Höcke und André Poggenburg im Jahr 2015 gegründete Parteiströmung „Der Flügel“ und die „Patriotische Plattform“.

Die Verharmlosung der Nazi-Verbrechen geht weit über den Höcke-Flügel hinaus. Die AfD fordert in ihrem Grundsatzprogramm eine nationale Geschichtsklitterung: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“<sup>20</sup>

Die AfD-Fraktion in Baden-Württemberg beantragte zum Beispiel, die Zuschüsse für eine NS-Gedenkstätte und für Schülerfahrten zu NS-Gedenkstätten zu streichen.<sup>21</sup>

---

<sup>18</sup> Die AfD will sich mindestens für Meldepflichtauflagen und somit Erschwernis von Abtreibungen einsetzen oder Abtreibungen ganz verbieten (AfD 2017, S.39).

<sup>19</sup> „Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017“, S. 37

<sup>20</sup> Grundsatzprogramm der AfD, S. 48

<sup>21</sup> FAZ, 23.1.2017

[www.faz.net/aktuell/politik/inland/joerg-meuthen-von-afd-ist-gegen-gelder-fuer-ns-gedenkstaette-14726516.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/joerg-meuthen-von-afd-ist-gegen-gelder-fuer-ns-gedenkstaette-14726516.html)

## **ethecon**

Stiftung Ethik & Ökonomie

### **Geschäftsstelle**

Anabel Schnura

Schweidnitzer Str. 41

D-40231 Düsseldorf

Deutschland

Fon +49 - (0)211 - 22 95 09 21

Fax +49 - (0)211 - 26 11 220

Mobile +49 - (0)157 - 58 05 09 05

eMail [as@ethecon.org](mailto:as@ethecon.org)

Internet [www.ethecon.org](http://www.ethecon.org)

ethecon ist eine Stiftung von unten. Getragen von vielen kleinen und kleineren (Zu)Stiftungen. Dem Umweltschutz, sozialer Gerechtigkeit und dem Frieden verpflichtet. Konzern- und gesellschaftskritisch. Angewiesen auf Zuwendungen und weitere (Zu)Stiftungen. Sie ist der Mission „Für eine Welt ohne Ausbeutung und ohne Unterdrückung.“ verpflichtet.

### **Spenden via**

PayPal auf der Internetseite

[www.ethecon.org](http://www.ethecon.org)

International Bank Account bei der

EthikBank (Deutschland)

BIC GENO DEF1 ETK

IBAN DE 58 830 944 95 000 30 45 536